



## Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

### **Starker Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Rundfunkfreiheit gehört zusammen mit Meinungs- und Pressefreiheit zu den konstituierenden Grundrechten unserer demokratischen Grundordnung. Sie sind unentbehrlich für die öffentliche Meinungsbildung. Presse und Rundfunk leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag bei der Kontrolle der Staatsgewalt. Es liegt daher im ureigenen Interesse unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine unabhängige, faktenbasierte und vielfältige Berichterstattung sicherstellen. Das wird gerade in Krisenzeiten deutlich, in denen verstärkt Verschwörungstheorien und Desinformationskampagnen über das Internet verbreitet werden. Solchen vorsätzlichen Falschinformationen wird man nicht erfolgreich mit Verboten begegnen können, sondern es bedarf einer fundiert recherchierten und kritischen Berichterstattung durch freie und unabhängige Journalisten in allen Mediengattungen.

Mit großer Sorge stellt der Schleswig-Holsteinische Landtag die weltweite Zunahme von Angriffen auf freie Berichterstattung und auf Journalistinnen und Journalisten fest. Auch Deutschland ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Die gezielte Streuung von Verschwörungstheorien, Versuche der Delegitimierung freier Presseberichterstattung und wahrheitswidrige Unterstellung fehlender Meinungsfreiheit sind Angriffe auf unsere Demokratie. Zu Recht jedoch hat die Meinungsfreiheit dort ihre Grenze, wo die Würde von Menschen verletzt und Hetze verbreitet wird.

Ein wichtiger Baustein ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Er ist untrennbar verbunden mit der Demokratisierung Deutschlands und bewusster Gegenentwurf zur Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Sache der Allgemeinheit und durch ihre Gremien beaufsichtigt. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch einen auskömmlichen und angemessenen Rundfunkbeitrag sichert Staatsferne und Unabhängigkeit. Die nötige Vielfalt, Regionalität und Qualität der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spiegeln sich wider in der vor 70 Jahren gegründeten ARD und ihren Landesrundfunkanstalten mit den regionalen Vollprogrammen, im Deutschlandradio, dem ZDF, den Gemeinschaftsprogrammen, Spartenkanälen und Internetangeboten. Zu diesen Errungenschaften bekennt sich der Schleswig-Holsteinische Landtag ausdrücklich.

Ein weiterer wichtiger Baustein sind die privaten Presse-, Fernseh- und Hörfunkunternehmen, die national und regional für ein umfassendes Nachrichtenangebot in Deutschland sorgen und damit die Grundlage schaffen, dass der Bevölkerung einen breiten und jederzeitigen Zugang insbesondere zu politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Informationen hat. Selbstverpflichtend hat sich insbesondere die Presse über ihren Pressekodex hohe journalistische und ethische Standards verordnet und kontrolliert deren Beachtung über den Presserat. Das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten und freien Medienangeboten garantiert in Deutschland eine beispielhafte Medienvielfalt. Diese Medienvielfalt stärkt die Meinungsvielfalt und spiegelt zugleich unsere pluralistische Gesellschaft wider. Unabhängiger, seriöser und meinungsstarker Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie.

Es muss sichergestellt werden, dass Medienangebote unabhängig davon, ob es sich um die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der privaten Hörfunk- oder Fernsehsender, der Presse oder der Online-Medien handelt, auch in Zukunft alle Altersgruppen der Bevölkerung ansprechen können und stärker als in der Vergangenheit in die Lage versetzt wird, Programm und Auspielwege den Herausforderungen der digitalen Welt anzupassen.

Die Corona-Pandemie erweist sich für die alle Medien aktuell als extreme Herausforderung und kann sich auch negativ auf die Presse- und Rundfunkfreiheit auswirken. Guter Journalismus kostet Geld. Die privaten Medien stehen aktuell zum zweiten Mal innerhalb von etwas mehr als 10 Jahren unter einem massiven wirtschaftlichen Druck. Der Einnahmerückgang führt zwangsläufig zu weiterem Kostendruck und Einsparungszwängen, die sich auch auf die Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten auswirken können. Das kann die Medien- und Meinungsvielfalt in Deutschland gefährden. Es ist deshalb erforderlich, dass die Landesregierung Presse und Rundfunk in Zeiten der Krise besonders im Blick erhält und unterstützt, damit ein freier, unabhängiger Journalismus auch künftig bestehen kann und auskömmlich finanziert ist, wobei gewährleistet sein muss, dass der Staat keinen Einfluss auf die journalistischen Inhalte nimmt.

Journalistinnen und Journalisten leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag für unsere demokratische Gesellschaft, im Gegenzug bedürfen sie des konsequenten Schutzes durch den Staat und der Rückendeckung aller Demokratinnen und Demokraten.

Mit großer Sorge ist festzustellen, dass immer häufiger Journalistinnen und Journalisten bei Ihrer Arbeit Angriffen und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind, die mit dem Ziel verübt werden, die journalistische Arbeit zu be- oder sogar zu verhindern. Es ist daher erforderlich, konkrete Sicherheitskonzepte neu und weiter zu entwickeln, die gewährleisten, dass eine freie und ungestörte Berichterstattung durch Journalisten auch in Gefahrenlagen möglich ist. Hier müssen alle Beteiligten und Betroffenen gemeinsam vorgehen, um den Schutz in Gefahrensituationen zu gewährleisten. Journalisten müssen auch in kritischen und gefährlichen Situationen, z.B. auf Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen, ungestört ihrer Tätigkeit nachgehen können, um eine umfassende und unabhängige Berichterstattung sicherzustellen.

Der Landtag bittet den Innen- und Rechtsausschuss, in den kommenden Monaten ein Konzept zu erarbeiten, wie die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten insbesondere auf Demonstrationen und in anderen Gefahrenlagen effektiver geschützt werden kann.

Ferner bittet der Landtag den Innen- und Rechtsausschuss, in den kommenden Monaten ein Konzept zu entwickeln, mit welchen Mitteln der Staat Medien- und Meinungsvielfalt und angemessene Arbeitsbedingungen in unserem Land absichern, fördern und stärken kann, wobei die Unabhängigkeit des Journalismus zwingend zu achten sein wird.

Tim Brockmann  
und Fraktion

Ralf Stegner  
und Fraktion

Lasse Petersdotter  
und Fraktion

Jan Marcus Rossa  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW